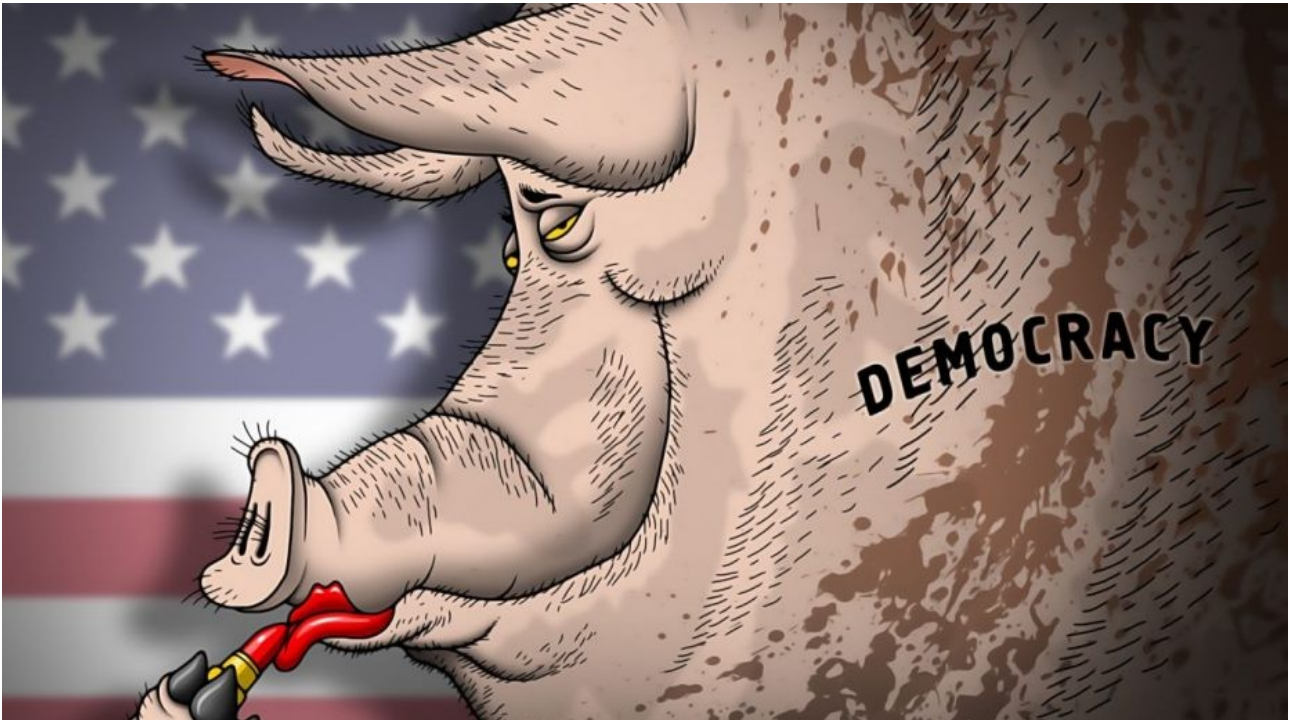


Die große Umwälzung: Wir müssen für alles, was uns gehört, kämpfen



7. August 2023 | Alastair Crooke

Es wird sehr chaotisch. Am Rande des Wahnsinns. Gegen den ehemaligen Präsidenten Trump wurde eine neue Anklageschrift mit vier Anschuldigungen im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 6. Januar erhoben – ihm werden nun mehr als 75 Straftaten zur Last gelegt. Diese jüngsten Anklagen werden jedoch wahrscheinlich das Vertrauen in die Bundesjustiz und in die Integrität des amerikanischen politischen Systems selbst weiter untergraben. Die Anklageschrift soll im District of Columbia verhandelt werden, der notorisch politisiert ist, und es ist unwahrscheinlich, dass die Geschworenen alles andere als feindlich gesinnt sind (das Sprichwort in DC lautet, dass das Justizministerium mit einer DC-Jury einen Hamburger verurteilen könnte).

Die Anschuldigung, Trump habe sich verschworen, die Präsidentschaftswahlen 2020 zu „stehlen“, macht noch deutlicher als bisher, dass das Land auf eine große Abrechnung zusteuert – vor Gericht und an den Wahlurnen. Das wirft Fragen auf, die unweigerlich zu einer weiteren Entflechtung der Politik in den USA führen.

Stellen Sie diese beiden „Visionen“ der Bedeutung dieser Anklage einander gegenüber. Erstens:

In der 45-seitigen Anklageschrift wird in einfacher Sprache und mit Bergen von Beweisen erklärt, wie Trump zusammen mit sechs ungenannten Mitverschwörern ein Komplott schmiedete, um wiederholt falsche Behauptungen aufzustellen, die Wahl 2020 sei gestohlen oder manipuliert worden, und diese falschen Behauptungen als Vorwand zu benutzen, um zu versuchen, die Wahl zu stehlen: Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass

das Verhalten dieser Staatsanwaltschaft einen großen Einfluss darauf haben wird, ob die USA nach 2024 noch eine blühende Demokratie sein werden.

Nun zu einer [anderen Lesart](#) der Anklageschrift:

Die Anklageschrift des Justizministeriums ist eine „Kriegserklärung“ an die amerikanischen Wähler. Es geht nicht um Trump an sich. Es geht darum, Andersdenkende zu kriminalisieren und die Millionen zu bestrafen, die für ihn gestimmt haben. Diese Woche hat das Justizministerium den beispiellosen Schritt unternommen, den ehemaligen Präsidenten Donald Trump – Bidens Hauptkonkurrent bei der bevorstehenden Wahl 2024 – anzuklagen, weil er wiederholt seine Meinung geäußert hat, dass die letzte Wahl gestohlen, manipuliert und unfair war.

Es ist eine Meinung, die Millionen von Amerikanern teilen und auf die sie dank des ersten Verfassungszusatzes zweifellos ein Recht haben. Das gilt auch für Trump, der wiederholt (und kürzlich) gesagt hat, dass die Wahl 2020 gestohlen wurde. Er wird dies wahrscheinlich bis zu seinem Todestag sagen, und er hat jedes Recht dazu. Die Vorstellung, dass unser Justizministerium jemanden anklagen kann, vor allem den wichtigsten politischen Rivalen des amtierenden Präsidenten, wegen einer Äußerung, die durch den Ersten Verfassungszusatz geschützt ist, ist einfach verrückt ... Einfach ausgedrückt, ist diese Anklage nichts anderes als eine Kriegserklärung gegen die amerikanischen Wähler und ihr verfassungsmäßiges Recht auf freie Meinungsäußerung.

Bedenken Sie, was behauptet wird und was nicht: Die Anklage gegen Trump [beinhaltet](#) keine ‚Aufstachelung zur Gewalt‘ am 6. Januar 2021. **Die Anklageschrift geht einfach davon aus, dass es keinen Wahlbetrug gegeben hat.** Sie bezeichnet dann Trumps gegenteilige Behauptungen vom 14. November 2020 bis zum 20. Januar 2021 als „falsch“ – als ob das selbstverständlich wäre. „Trumps Behauptungen waren falsch und er wusste, dass sie falsch waren.“ Auf dieser Grundlage wird in der Anklageschrift behauptet, dass es sich am 6. Januar um eine ‚Verschwörung‘ handelte, die auf Täuschung beruhte, um die ordnungsgemäße Auszählung der Stimmen der Wähler zu verhindern.

Tom Fitton, Präsident der konservativen Rechts- und Wahlbeobachtungsgruppe *Judicial Watch*, ist dieser Meinung:

Diese Anklage ist eine unverhohlene Drohung und ein Akt der Einschüchterung durch die Demokratische Partei gegen alle ihre politischen Gegner.

Und *The Federalist* warnt:

Wenn die Anklage gegen Trump Erfolg hat, bedeutet das, dass der erste Verfassungszusatz in Amerika ein toter Buchstabe ist. Es bedeutet, dass man keine Meinungen haben darf, die dem offiziellen Narrativ des Justizministeriums widersprechen.

Der Klarheit halber wird hier zum Ausdruck gebracht, dass diese Anklage Teil des laufenden westlichen „Kulturkriegs“ ist – so wie Wissenschaftler entlassen, aus ihren Berufen entlassen und geächtet wurden, weil sie eine Meinung über die mRNA-Wissenschaft geäußert haben; so wie Ansichten über die Humanbiologie jetzt offiziell negiert werden; so wie „misgendering“ zu einer [potenzi-](#)

[ellen Straftat](#) (Hassrede) geworden ist, so wird die ideologische und institutionelle Vereinnahmung auf den politischen Bereich ausgedehnt.

Dies ist eines der Themen, die Amerika – und mit den USA auch Europa – aus den Angeln heben werden.

Auch das frühere Scheitern des Strafverfahrens gegen Hunter Biden hat viele in Washington schockiert. Jonathan Turley, Professor für Verfassungsrecht in Georgetown, [bemerkt](#) dazu ironisch:

Schließlich ist dies eine Stadt, die weiß, wie man einen Streit schlichten kann [d.h. sie weiß, wie man die Ermittlungen des Justizministeriums nach einer angemessenen Prüfung beendet].

Nach fünf Jahren sollte der Biden-Korruptionsskandal mit einer [nichtssagenden Einigung und ohne Gefängnisstrafe](#) enden. Fast alle waren in die Sache eingeweiht, von den Mitgliedern des Kongresses über die Medien bis hin zu den Staatsanwälten. Das Problem war nur, dass eine Sache nicht erwähnt wurde: Richterin Maryellen Noreika. Die Anhörung zur Verurteilung war ein Moment, der die Hindenburg-Katastrophe wie eine problemlose Landung aussehen ließ. Noreika stellte eine grundlegende Frage zu den Auswirkungen der Vereinbarung, woraufhin der gesamte Deal sofort in sich zusammenfiel.

Jetzt steckt das Justizministerium in einer Zwickmühle. Es konnte in der Anhörung nicht zugeben, dass Hunter Biden einer künftigen Haftung für eine Reihe nicht angeklagter Straftaten entgehen könnte. Doch wenn ein Angeklagter einen großzügigen Deal ablehnt, werden die Bundesstaatsanwälte in der Regel alle verfügbaren Anklagen verfolgen – und Gefängnisstrafen verhängen. Das Justizministerium könnte nun feststellen, dass es keine andere Wahl hat. Es könnte gezwungen sein, eine umfassende Strafverfolgung einzuleiten.

Eine FARA*-Anklage könnte Hunters mutmaßliche Einflussnahme weiter aufdecken, denn die Ermittler der republikanischen Abgeordneten behaupten, dass er Millionen an Auslandszahlungen von einer ganzen Reihe von ausländischen Beamten erhalten hat. Das Justizministerium würde auch unter Druck geraten, die gleiche lange Gefängnisstrafe wie für Manafort zu fordern, der zu 73 Monaten Haft verurteilt wurde.

*FARA: Foreign Agents Registration Act – Registrierungsgesetz für Auslandsvertreter

Biden könnte Hunter präventiv oder im Voraus begnadigen. Dies würde die Ermittlungen der Bundesbehörden effektiv beenden, obwohl die Begnadigung die gesamte Bandbreite möglicher Anklagen abdecken müsste. Natürlich gibt es keine Garantie, dass die Ermittlungen des Kongresses dann eingestellt würden. Selbst wenn ein solcher Schritt die Forderung nach einer Amtsenthebungsuntersuchung abschwächen würde, würde er die Republikaner wahrscheinlich nicht davon abhalten, Antworten auf die Frage nach dem offiziellen Umgang mit dieser Untersuchung und den Vorwürfen der politischen Einmischung zu suchen.

Der Punkt ist, dass das gesamte politische System der USA – mit oder ohne eine FARA-Anklage und angesichts der bevorstehenden Wahlen 2024 – fragil ist und die politische Zukunft der USA ernsthaft gefährdet ist.

Unabhängig davon sind Vater und Sohn Biden durch die Vorwürfe der Einflussnahme unweigerlich mit dem „Projekt Ukraine“ [verbunden](#). Die Ukraine-Politik wird zunehmend von der politischen Zukunft Bidens abhängen, wie auch immer diese aussehen mag.

Die Republikaner werden ihre Untersuchungen im Kongress nicht aufgeben. Und je mehr Präsident Biden den „Erfolg seines Krieges gegen Russland“ und die Ukraine preist, desto mehr Spielraum haben seine Gegner, das Schreckgespenst der Einflussnahme in der Ukraine anzusprechen und zu fragen, welche „Macht“ Zelensky über die USA haben könnte, wenn überhaupt.

Trump bringt bereits den Russiagate-Schwindel über die Einmischung in die Wahlen 2016 mit dem heutigen Stellvertreterkrieg mit Russland in Verbindung – „zum Teil angeheizt durch die nachwirkenden Dämpfe des Russiagate-Wahns“. Je mehr das Team Biden die Ukraine außenpolitisch in den Mittelpunkt stellt, desto mehr Spielraum haben seine Gegner, die Wähler an Russiagate und die [Burisma-Vorwürfe](#) zu erinnern.

Dies könnte für einen frühzeitigen Rückzug aus der Ukraine sprechen, oder im Gegensatz dazu für die Clinton-Strategie zur „Implosion des Lewinski-Skandals“ – Krieg gegen Serbien.

Die Reaktion gegen die „Politik der Verneinung“ (wie Chris Rufo sie in seinem Buch *Amerikas Kulturrevolution* nennt), oder, wie man heute sagt, die Annullierung, ist auch in Europa angekommen. Im Vereinigten Königreich hat der Skandal, der dadurch entstand, dass die Bankenwelt Nigel Farage (den ehemaligen Vorsitzenden einer Pro-Brexit-Partei) wegen seiner politischen Ansichten auf eine schwarze Liste gesetzt hat, die bisher unbekannte [Tatsache aufgedeckt](#), dass mehr als 1.400 Unternehmen Mitglied eines „Diversity“-Programms der Unternehmenslobby sind – eines Programms, das darauf besteht, dass die Unternehmensmitglieder gegen „alle Formen der Unterdrückung“ eintreten und „rassistische Systeme, Politiken, Praktiken und Ideologien abbauen“ und sich an den Interessen der „breiteren Gesellschaft“ orientieren.

Farages Bank wurde für das Programm akkreditiert, wobei die Bank ihre [B Corp-Mitgliedschaft](#) als Grund für die Schließung seines Kontos anführte, da Farage nicht mit der „Diversitätsverpflichtung“ der Bank oder der „breiteren Gesellschaft“ übereinstimme.

Hinter den Kulissen, so stellt sich heraus, gibt es die B Corp, die sich um Diversity Correctness bemüht, und Stonewall (die LGBT-Wohltätigkeitsorganisation), die die Beschäftigungsrichtlinien im Vereinigten Königreich überwacht. Ohne Bankkonto (da alle anderen Banken sich der schwarzen Liste anpassten) wäre Farage aus der Gesellschaft „gestrichen“ worden.

Rufo weist in seinem Buch darauf hin, dass ein politisches Programm, das auf „Negation“ beruht, kein positives Programm anbieten kann, das nicht schnell seiner eigenen Politik der Kritik zum Opfer fallen würde (wie der Fall Farage zeigt). Das Ergebnis, so Rufo, sei keine Utopie, sondern eine Ernte des „Scheiterns, der Erschöpfung, des Ressentiments und der Verzweiflung sowie eine sich ausbreitende Klasse mürrischer Bürokraten, die sich um Symbole und Eintagsfliegen streiten“.

Wie Naoise MacSweeney in [The West](#) schreibt, wird der „Ursprungsmythos des Westens als eine große Erzählung, die die Geschichte als einen einzigen, ununterbrochenen Faden von Platon bis zur NATO konstruiert“, inzwischen weltweit als faktisch falsch und ideologisch motiviert angesehen.

Sie fragt: „Wohin geht der Westen von hier aus? Es gibt einige, die wollen, dass wir zurückgehen.“ Die meisten Menschen, so argumentiert sie, wollen jedoch nicht länger einen Ursprungsmythos, der entweder zur Unterstützung der Rassenunterdrückung oder der imperialen Hegemonie dient. Sie postuliert, dass das ursprüngliche Narrativ des „Westens“ durch ein entterritorialisierendes, strukturell fließendes westliches Narrativ ersetzt wird, in dessen Mittelpunkt Toleranz, Rechte für Minderheiten, Vielfalt, Gender-Fluidität und „Demokratie“ stehen.

Das Problem ist jedoch, dass die neue „große Erzählung“ ebenso faktisch falsch und ideologisch motiviert ist wie der Mythos „von Platon zur NATO“. Es handelt sich um die Ersetzung eines fehlerhaften repressiven Narrativs durch ein anderes.

Kurz gesagt, wenn der traditionelle westliche Mythos gefallen ist wie die antike Stadt Troja (in dieser [Analogie](#)), dann befinden sich die Eindringlinge der Tradition (Troja) jetzt innerhalb der Stadtmauern, brennen und plündern.

Rufos Buch beschreibt die moderne Geschichte des Linksradikalismus von den Sechzigerjahren bis zu *Black Lives Matter*, wie Mary Harrington [berichtet](#); Rufo versucht jedoch vielmehr, eine umfassendere Darstellung der politischen Herausforderung zu bieten:

Der Spannungsbogen des Buches beschreibt, wie sich die verhassten Sieger in Amerikas Institutionen eingeschmuggelt haben, versteckt in [einem trojanischen] ‚hölzernen Pferd‘ der Bürgerrechte, nur um dann auszubrechen – in dem Versuch, die Gründungs-ideale zu zerstören, die ihnen den Zutritt gewährten.

Amerikas Kulturrevolution ist ein Schuss vor den Bug. Die Zitadelle mag gefallen sein, die Tempel geplündert. Aber Rufo fordert heraus: „Wir sind jetzt die Belagerer. Jetzt seid ihr an der Reihe und müsst versuchen, die Mauern zu halten.“

Amerikas Kulturrevolution liest sich dennoch wie ein Dreh- und Angelpunkt im amerikanischen politischen Diskurs: Wissen Sie, wie viel Uhr es ist? (Es ist elf Minuten nach der elften Stunde).

Viktor Orbán spricht einen [weiteren Dreh- und Angelpunkt](#) an, indem er Rufos Aufruf zur „Konterrevolution“ aufgreift:

Wenn man wie ich in die europäische Politik involviert ist, dann bedeuten die heutigen ‚westlichen Werte‘ drei Dinge: Migration, LGBT und Krieg ... Sie managen den Bevölkerungsaustausch durch Migration, und sie führen eine LGBT-Offensive gegen familienfreundliche europäische Nationen. Die Migrationskrise kann eindeutig nicht auf einer liberalen Basis bewältigt werden. Und dann haben wir eine LGBT-Gender-Offensive, die, wie sich herausstellt, nur auf der Grundlage des Gemeinschafts- und Kinderschutzes abgewehrt werden kann. Europa hat heute seine eigene politische Klasse geschaffen, die nicht mehr rechenschaftspflichtig ist und keine christlichen oder [echten] demokratischen Überzeugungen mehr hat. Und wir müssen sagen, dass das föderalistische Regieren in Europa zu einem zügellosen Imperium geführt hat. Wir haben keine andere Wahl. Bei aller Liebe zu Europa, bei allem, was uns gehört – wir müssen kämpfen.

Reif für die Umwälzung:



Peace



Democracy